

# Kleine Schachtel, viele Argumente

Aarau Eine Fricktaler Delegation übergab Regierungsrat Alex Hürzeler die Petition für das Berufsbildungszentrum

VON NADINE BÖNI

Eine kleine Schachtel übergab Christoph Grenacher am Donnerstagmorgen Regierungsrat Alex Hürzeler. «Eine kleine Schachtel, deren Inhalt aber viel symbolisiert», sagte der Initiator der Petition für den Erhalt des Berufsbildungszentrums Fricktal (BZF). So seien in den vergangenen Wochen nicht weniger als 276 Unterschriften zusammengekommen. Unterschriften haben neben Einzelpersonen auch Vertreter von neun Gewerbevereinen, von Unternehmen mit insgesamt 6500 Angestellten und 500 Lehrlingen sowie von 14 Gemeinden. «Sie alle finden, dass etwas nicht sein kann: Dass, wenn die Aargauer Regierung ans Sparen denkt, sie auch an Bildung denkt», so Grenacher.

Hintergrund ist die Debatte um die Umgestaltung der Aargauer Berufsschullandschaft. Die Regierung möchte diese unter dem Titel «Standort- und Raumkonzept Sekundarstufe II» neu ordnen. Bei einer Variante würde das BZF geschlossen, bei einer zum Aussen-



Petitionsinitiant Christoph Grenacher übergibt Bildungsdirektor Alex Hürzeler (r.) die 276 Unterschriften für das BZF. Begleitet wird er von Fricktaler Unternehmern. NBO

standort der Schule in Brugg - und nur bei der Variante Beta bestünde das BZF weiterhin eigenständig.

Derzeit arbeite der Regierungsrat an der Vorlage für den Grossen Rat, sagte

Bildungsdirektor Alex Hürzeler vor der Delegation aus Fricktaler Unternehmern, die mit Grenacher zur Unterschriftenübergabe nach Aarau gereist waren. Ende April soll die Vorlage vom

Regierungsrat verabschiedet und im Juni im Parlament behandelt werden.

Die Petition verlangt vom Regierungsrat, dass er auf die angedachte Schliessung des BZF verzichtet. «Wir wünschen

uns, dass das BZF erhalten, gestärkt und ausgebaut wird», sagte Grenacher. Die Schule sei für die Standortattraktivität der Region entscheidend. «Fricktaler Unternehmen und Gewerbetreibende sind als Arbeitgeber auf gut ausgebildetes Personal angewiesen.»

## Schnittmenge aus den Varianten

Hürzeler nahm die 276 Unterschriften dankend entgegen, konnte den Fricktalern aber keine Versprechen abgeben. «Die Petition ist ein starkes Zeichen aus der Region - wie wir auch aus den anderen Regionen starke Zeichen erhalten haben», so Hürzeler.

Er liess durchblicken, dass die Vorlage wohl «eine Schnittmenge» aus den drei Varianten beinhalten werde. «Klar ist, dass der Vorschlag mehrheitsfähig sein muss. Wir wollen kein jahrelanges Pingpong», sagt Hürzeler. Als ein starkes Argument für das Fricktal schätze er ein, dass es hier im Gegensatz zu allen anderen Regionen keine Kantonsschule gibt. «Das spricht für das Fricktal als Berufsschulstandort.»

# Der Rheinsteig soll zur Touristenattraktion werden

Rheinfelden Der Stadtrat hofft, dass der neue Rheinsteig mehr Tagestouristen in die Altstadt lockt.

VON THOMAS WEHRLI

Das Ja zum neuen Rheinsteig fiel am Mittwochabend klarer aus, als viele das erwartet hatten (die az berichtete). Denn das Thema sorgte in den letzten Jahren - die Diskussion um einen Ersatz des alten Eisensteges wird seit dessen Abriss im Jahre 2011 geführt - für viele emotionale Momente. Zuletzt vor allem in Deutschland, wo sich die Bürger im Januar zwar mit 4473:4174 Stimmen gegen den Bau des Steges aussprachen, der Bürgerentscheid aber nicht zustande kam, da das notwendige Quorum von 20 Prozent der Stimmberechtigten recht deutlich verfehlt wurde. Sprich: Es gingen schlicht zu wenige Leute an die Urne. Das Geschäft ging danach zurück an den Gemeinderat, der ein zweites Mal Ja sagte - und dies mit 26:3 Stimmen sehr klar tat.

Das Ja auf Schweizer Seite provozierte gestern Tweets wie: «Rheinsteig wird gebaut - trotz Nein des Volkes in Deutschland». Dies ist nur halb korrekt, denn die beiden Abstimmungssysteme lassen sich nicht 1:1 vergleichen. Wenn in der Schweiz abgestimmt wird, so gilt meist das Absolute Mehr. In Deutschland allerdings gilt ein sogenannter Bürgerentscheid nur dann, wenn mindestens 20 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne gehen - egal, ob nun Ja oder ein Nein daraus resultiert. Dieser Spielregel sind sich die Bürger durchaus auch bewusst.

## «Für die nächsten 100 Jahre»

Viel auf dem Spiel stand am Mittwoch für den Stadtrat. Er wollte das Prestigeobjekt unbedingt durchbringen - gerade auch nach dem Ja aus Deutschland. Dementsprechend ins Zeug legte sich Baustadtrat Hans Gloor. Er pries den Steg als Leuchtturmprojekt an, als Bau «für die nächsten 100 Jahre», welcher der Stadt viel Prosperität bringe. Der Steg belebe die Altstadt und den Tourismus und werde für die Pendler, die in den Gesundheitsbetrieben arbeiten, ein wichtiger Übergang.

Letzteres bezweifelte GLP-Grossrat Roland Agustoni. Er fand den Bau des Steges angesichts der klammen Finanzhaushalte bei Bund und Kanton unverhältnismässig. Daran ändern für ihn auch die gut zwei Millionen Franken nichts, die Bund und Kanton ans Projekt beisteuern. Der Kostenanteil der Stadt sinkt damit auf rund 1,5 Millionen

«Der Steg ist ein Leuchtturmprojekt, ein Bau für die nächsten 100 Jahre.»

Hans Gloor  
Stadtrat



Der Bogen kann gespannt werden: Nach Badisch-Rheinfelden stimmte am Mittwoch auch die Schweizer Stadt dem neuen Rheinsteig zu.

Franken (die knapp sieben Millionen Franken teure Brücke wird von den beiden Rheinfelden je zur Hälfte finanziert). «Auch bei den Geldern aus diesen Töpfen handelt es sich um unsere Steuergelder», mahnte Agustoni.

Gloor konnte dieser Auslegung wenig abgewinnen. «Jetzt, wo wir einmal Zuschüsse bekommen, sollen wir darauf verzichten?», fragte er in den mit 421 voll besetzten Bahnhofsaal, um gleich anzufügen: «Das wäre eigenwillig.» Er kenne keine Gemeinde, die freiwillig auf Beiträge aus dem Agglomerationsprogramm des Bundes verzichte.

Klar war aber allen - auch den eingefleischten Befürwortern: Der Steg, der genau in die Mitte zwischen alter Rheinbrücke und neuem Kraftwerk zu liegen kommt, ist Luxus. Selbst Peter Scholer, Präsident der IG Pro Steg, sagte: «Rheinfelden lebt auch ohne den Steg», schob dann aber gleich nach: «aber die Stadt lebt besser mit ihm.»

Das sah eine grosse Mehrheit der Anwesenden ebenso: Die Rheinfelder stimmten dem Projekt deutlich zu. Da das Quorum von 20 Prozent nicht er-

reicht wurde, untersteht der Entscheid dem fakultativen Referendum. Wird dieses nicht ergriffen - und darauf deutet derzeit vieles hin -, so wird die 200 Meter lange Hängebrücke im nächsten Jahr gebaut und kann 2018 erstmals zu Fuss oder mit dem Velo (die Brücke schliesst eine Lücke im Radnetz) überquert werden.

## Begegnungszone kommt

Deutlich zugestimmt haben die Rheinfelder am Mittwoch auch der 3,4 Millionen Franken teuren Sanierung und Erweiterung des «Roten Hauses» (az von gestern). Beim Sanierungsprojekt der Hermann-Keller-Strasse und der Johannitergasse gab ein Teil der geplanten Begegnungszone zu reden. Die SVP stellte einen Abänderungsantrag, wonach die Hermann-Keller-Strasse zwischen Einmündung Roberstenstrasse bis zum Storchennesturm nicht als «Begegnungszone» signalisiert, sondern Tempo 30 belassen werden sollte. Diesen Antrag lehnten die Stimmberechtigten deutlich ab und genehmigten das 1,625 Millionen Franken teure Projekt.

ANTRAG AUS DER VERSAMMLUNG

## Den Rheinuferweg «ertüchtigen»

Dem Rheinsteig, der am Rheinuferweg landet, können die Grünliberalen zwar wenig abgewinnen (siehe Haupttext) - dem Weg selber dafür umso mehr. Unter «Verschiedenes» stellte GLP-Grossrat Roland Agustoni den Antrag, der Stadtrat möge eine Vorlage ausarbeiten, um den bestehenden Rheinuferweg zu sanieren und zu «ertüchtigen», wie er es nannte. Ein Dorn im Auge ist den Grünliberalen, dass der Weg für Rollstuhlfahrer und Rollatoren wegen des Kiesbelages streckenweise schlecht befahr- und begehbar ist. Eine glatte, naturbelassene Oberfläche würde dem Abhilfe schaffen - und zudem die Möglichkeit bieten, «dass dieser Weg mit der Wischmaschine wöchentlich von Hundekot, Zigarettenstummeln und Unrat gereinigt werden könnte».

Ab der «Rheinlust» sollte der Uferweg zum neuen Kraftwerk nach Ansicht der GLP wo nötig so verbreitert werden, dass das Kreuzen von zwei Kinderwagen möglich wird. Gleichzeitig fordern die Grünliberalen, dass die Beleuchtung vom Park West weitergezogen wird und am Wegrand Sitzbänke «in genügender Anzahl» installiert werden. Agustoni ist überzeugt: «Die Sicht auf den Rhein kann man auch sitzend geniessen.» Das sass - bei genau der Hälfte der Abstimmenden: 153 unterstützten den Antrag, 153 lehnten ihn ab, was dazu führte, dass Stadtmann Franco Mazzi den Stichentscheid fällen musste. Er tat dies zugunsten des Antrages - «weil es ja erst darum geht, eine Sanierung zu prüfen», sagte er - und fügte mit Blick auf das finanzmotivierte Nein der GLP zum Rheinsteig an: «Ganz günstig wird das auch nicht.» (TWE)